

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Inbetriebnahme eines Rückkehrzentrums für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer nach dänischem Vorbild**

Der Landtag stellt fest:

1. Die illegale Migration nach Deutschland steigt immer weiter an in besorgniserregendem Maße und muss unverzüglich beendet werden.
2. Die Kommunen im Land Brandenburg sind weiterhin über ihre Möglichkeiten hinaus durch die aufgezwungene Verteilung von Asylantragstellern belastet, die trotz festgestellter rechtskräftiger Ablehnung des Asylantrages nicht ausreisen, und können auch aus diesem Grund die tatsächlich Hilfebedürftigen nicht mehr aufnehmen.
3. Zur Vermeidung falscher Anreize darf die illegale Migration nicht weiter geduldet werden.
4. Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer sind bis zu dem Vollzug der Abschiebung in einem Rückkehrzentrum nach dänischem Vorbild unterzubringen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Ende des zweiten Quartals 2025 einen geeigneten Standort für ein Rückkehrzentrum nach dänischem Vorbild für rechtskräftig abgelehnte Asylantragsteller zu betreiben.

#### Begründung:

Deutschland und Brandenburg sind weiterhin das Ziel einer ungebremsten Vielzahl von Ausländern, die auf illegalem Wege versuchen, hierher einzureisen und einen Asylantrag zu stellen. Wie seit längerem bekannt ist, finanzierte u. a. die ehemalige Bundesregierung (damals noch bestehend aus einer Koalition der Parteien SPD, Grüne und FDP) die Verbringung von in Seenot geratenen Schlepperbooten mit illegalen Migranten anstatt in deren nächstgelegene Abfahrtsstandorte in die viel weiter entfernten europäischen Grenzstandorte wie Italien.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Cicero-Online v. 02.10.2023 zu „Migrationskrise - Wie die NGO-Förderung in den Bundeshaushalt kam“, <https://www.cicero.de/innenpolitik/ngo-italien-baerbock-musk-teuteberg-ngo-migration>, abgerufen am 07.03.2025.